

FPÖ Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl:

## Beschäftigung steigern ist Ziel des freiheitlichen Wirtschafts- und Impulsprogramms!



### Lohnnebenkostensenkung

Die Arbeitskosten werden zu einem wesentlichen Teil durch Lohnnebenkosten beeinflusst. Die Höhe der Lohnnebenkosten ist mitentscheidend für den Umfang der Schattenwirtschaft sowie für Entscheidungen betreffend Betriebsansiedelungen und damit für unseren Arbeitsmarkt. Wenn der Anstieg der Produktivität hinter dem Anstieg der Lohnnebenkosten zurückbleibt, kommt es zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert und die Betriebe zu Rationalisierungen oder im Extremfall zu Abwanderungen zwingt. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass sich die lohnabhängigen Abgaben seit etwa 8 Jahren gegen den internationalen Trend erhöhen, ist eine Lohnnebenkostensenkung unumgänglich. Sie sind schrittweise zu senken – ohne dabei Leistungen zu kürzen. Potential besteht derzeit beim AUVA-, IESG- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag.

### Erleichterung geringfügiger Beschäftigung

Die Institution der geringfügigen Beschäftigung ermöglicht es vielen leistungsbereiten Menschen, neben ihrer Hauptbeschäftigung zusätzlich produktiv tätig zu sein, ohne exorbitante Abgabenbelastungen in Kauf nehmen zu müssen.

Neben der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze von 341,16 EUR für das Jahr 2007 existiert eine zweite Verdienstgrenze von 26,20 EUR pro Tag. Unterschiedlichste geringfügige Tätigkeiten konzentrieren sich jedoch nach Art der Beschäftigung auf eine Hand voll Tage im Monat, wobei die monatliche Verdienstgrenze nicht überschritten wird, die Tagesgrenze jedoch sehr wohl. Aufgrund der Modellausgestaltung wird mit Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze der gesamte Zusatzverdienst voll sozialversicherungspflichtig, wobei es im Falle einer geringfügigen Zusatzbeschäftigung zu einer Hauptbeschäftigung und auch noch zu einer kumulativen Wirkung der Sozialversicherungspflichten kommt.

Wir fordern daher die Beseitigung dieser für leistungsbereite Bürger grob nachteiligen Bestimmungen, indem die Tagesverdienstgrenze ersatzlos gestrichen und die monatliche Geringfügigkeitsgrenze als Freibetrag ausgestaltet wird. Darüber hinaus sind praxisgerechte Modelle auszuformulieren, die Einkommen im Bereich von 500, 600 oder 700 EUR monatlich nicht mit der vollen Sozialversicherungspflicht belasten. Einschleifregelungen könnten hier zielführend sein.

### Strengere Sanktionen für „Schwarzarbeitende“

Schwarzarbeitenden Arbeitslosen ist z.B. die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder sonstige staatliche Unterstützung zu kürzen; bei Wiederholungsfällen ist sie gänzlich zu streichen.

### Neue Mitarbeiterbeteiligungsmo- delle - Mitarbeiterstärke schafft Wirtschaftswerte

Als eine Möglichkeit sehen wir eine steuerbegünstigte Wertschöpfungsbe- teiligung für Mitarbeiter als zusätzli- ches Lohnelement. Diese sollte in Form einer Sonderauszahlung erfol- gen und steuerbegünstigt werden. Damit könnte man die Kaufkraft der Konsumenten erhöhen, was zu zu- sätzlichem Wirtschaftswachstum führt verbunden mit neuen Arbeits- plätzen sowie einer Entlastung des Systems.

### Soziale Mindeststandards für Selbständige

Bei unverschuldeter Arbeitsunfähig- keit sollte eine Absicherung ermög- licht werden, z.B. freiwillige Arbeits- losenversicherung. Weiters muss für Unternehmer die Möglichkeit ge- schaffen werden, eine 2. Pensionssä- ule aufzubauen. Das Modell der Zu- satzversicherung in der gewerblichen Wirtschaft sollte attraktiver gestaltet werden.

### Aktive Arbeitsmarktpolitik

Das AMS hat sich entgegen der mo- mentanen Praxis ausschließlich mit der Vermittlung von österreichischen Arbeitskräften zu befassen. Soziale Schutz- und Beschäftigungsför- derungsmaßnahmen sollen gezielt den wirklich Bedürftigen zugute kommen und idealerweise auf den künftigen Bedarf am Arbeitsmarkt abstellen. Die Mittel für die Masse wenig nüt- zlicher Schulungen, die vom AMS zur statistischen Beschönigung der Ar- beitslosenquote alltäglich veranstaltet werden, sind zugunsten des Erwerbs konzentrierter, aber verwertbarer Kenntnisse in nachgefragten Berei- chen umzuverteilen.

Durch Restrukturierung soll die Dienstleistungsfunktion des AMS für den Steuerzahler wieder verstärkt un- ter Beweis gestellt und evaluiert wer- den.